78. Jahrgang. Nr. 92 — Mittwoch, 24. Februar 1932

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20 011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3,30 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3,30 Mk. einschließlich 68 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Preisnachlaß lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

# Stürmischer Beginn im Reichstag

## Entladene Spannung

**Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung**

Im Reichstag, der am Dienstagnachmittag zu einer viertägigen Sitzungsperiode seine Beratungen wieder aufnahm, kam es im Verlaufe der ersten Rede, die von dem nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Goebbels bestritten wurde, zu Sturmszenen, die beinahe in Handgreiflichkeiten ausarteten und bald zu einer halbstündigen Unterbrechung der Sitzung führten. Am Anfang ließ sich alles unverhältnismäßig still und ruhig an, obwohl über dem Hause eine Spannung lagerte, deren Entladung mit Sicherheit zu erwarten war. Feste pflegen mit um so größerer Intensität gefeiert zu werden, je seltener sie fallen. So ist es auch mit den Reichstagssitzungen, die reichlich selten geworden sind. Aber die Spannung, die von vornherein ebenso über dem überfüllten Hause wie in der von der Schupo abgesperrten parlamentarischen Bannmeile lag, kündigte schon an, was kommen mußte. Das Ventil für das, was das Volk bewegt, ist für einige wenige Tage aus den Versammlungssälen draußen im Lande in den Sitzungssaal des Reichstages zurückverlegt. Betrachtet man die heutigen Vorgänge, so gewinnt man den Eindruck, daß die innere Spannung in Deutschland nicht so riesengroß wäre, wenn man das Reichstagsventil nicht künstlich abgedreht und es damit so unter Druck gesetzt hätte, daß es bei der ersten Gelegenheit zu bersten verurteilt ist.

Zunächst ließ sich also alles ganz ruhig an. Brüning saß schon fünf Minuten vor 3 Uhr auf dem Eckplatz auf der Ministerbank, neben ihm nahmen Dietrich, Groener, Joel, Stegerwald und die anderen Minister Platz. Die Publikumstribünen sind freilich nicht so überfüllt wie sonst. Vielleicht liegt das daran, daß es praktisch für einen Nichtabgeordneten oder sonstige Leute, die nicht mit Ausweisen versehen sind, gar nicht so leicht war, bis zu den Portalen des Reichstagsgebäudes vorzudringen. Auch die Diplomatenloge ist nicht übermäßig besetzt. Dagegen ist das Plenum bis auf einige Erkrankte und Urlauber ziemlich vollzählig vertreten. Löbe eröffnet. Es gibt ein kleines kommunistisches Zwischenspiel, bei dem es der KPD. gelingt, einen Antrag auf Haftentlassung eines der ihren durchzubringen. Der nachgerade üblich gewordene Antrag der Kommunisten auf Entfernung der Polizei scheitert, wie stets in solchen Fällen.

Dann verliest Groener den Vorschlag der Reichsregierung, für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl den 13. März, für den zweiten Wahlgang den 10. April 1932 festzusetzen. Groener spricht mit kaum vernehmbarer Stimme. Er scheint zu wissen, daß es der Mehrheit des Hauses nicht so sehr um die Erledigung dieser Formalie als darum geht, alles, was sich an politischer Kritik aufgespeichert hat, sich einmal vom Herzen zu reden, was dann auch der erste Redner, Dr. Goebbels von den Nationalsozialisten, gründlich besorgt.

Dr. Goebbels will Abrechnung halten. Er, der populärste nationalsozialistische Agitator der Reichshauptstadt, spricht zunächst zwar sachlich sehr scharf, in der Form indessen gemäßigt. Auf den Pressetribünen wird beinahe schon die Parole „Tendenz lustlos" ausgegeben, als die Sitzung plötzlich eine stürmische Wendung nimmt. Solange Goebbels gegen das System wettert, solange er heftige Angriffe gegen den Reichskanzler und seine Regierung richtet, ist es noch verhältnismäßig ruhig. Man hat fast den Eindruck, daß Mitte und Linke des Hauses so etwas wie eine stille Sabotage zu üben vereinbart haben. Die Abgeordneten unterhalten sich halblaut, hören ostentativ nicht zu. Ab und zu ein Zwischenruf, eine Beifallsäußerung der Nationalsozialisten, aber im ganzen Saale steigert sich dieser Sabotagelärm immer mehr. Löbe hält es nicht für notwendig, den Lautsprecher einzuschalten. Goebbels dringt mit seiner Stimme kaum durch. Es macht große Mühe, seiner Rede zu folgen. Dann befaßt sich der Redner mit der Politik des Reichskanzlers, gegen den er Angriffe von bisher noch nicht gehörter Schärfe richtet. Auch das hört sich, bis auf wenige Zurufe, die von den volksparteilichen Bänken kommen, das Haus noch ziemlich ruhig an.

Dann wendet sich der Redner dagegen, daß die Sozialdemokraten heute für Hindenburg eintreten, und nennt die SPD. in diesem Zusammenhang eine „Partei der Deserteure". Im gleichen Augenblick springen die Angegriffenen unter ungeheurem Lärm auf und drängen zur Rednertribüne vor. Aber auch die Nationalsozialisten rücken heran. Es sieht aus, als würden sich die Spannungen zwischen links und rechts in tätlichen Auseinandersetzungen entladen. Systematisch hindert die SPD. Goebbels am Weiterreden. Löbe versucht, ihn zu veranlassen, seine Aeußerung zurückzunehmen, worauf Dr. Goebbels erklärt, es sei ihm bekannt, daß aus dem Reichstagsbüro der Sozialdemokraten eine Denkschrift ausgegangen sei, in der gesagt werde, daß der Landesverrat kein Verbrechen sei. Mit dieser Erklärung muß sich Löbe vorerst zufriedengeben.

Aber Löbes Parteigenossen rasen. Kein gutes Zureden des Präsidenten fruchtet mehr. Fünf Ordnungsrufe gegen seine Parteigenossen muß Löbe notgedrungen verhängen. Immer größer wird der Zorn auf der Linken, immer heftiger, unter Hohngelächter der Rechten, die Auseinandersetzung zwischen der SPD. und ihrem Reichstagspräsidenten. Schließlich weiß sich Löbe keinen anderen Rat mehr, als die Sitzung um eine halbe Stunde zu vertagen. Zornesrot wirft er die Präsidentenglocke hin und verläßt den Saal, der sich langsam leert.

In der Zwischenzeit hat der Aeltestenrat Muße genug, einen typischen parlamentarischen Dreh zu finden. Er glaubt nämlich aus dem Stenogramm feststellen zu können, daß Goebbels den Reichspräsidenten in unerhörter Weise beleidigt habe, indem er ihn in Zusammenhang mit der „Partei der Deserteure" gebracht habe. Goebbels wird für einen Tag aus dem Hause verwiesen, und nun gibt es eine Flut von Erklärungen und Gegenerklärungen, die abermals zu tumultarischen Szenen führen. Die SPD. schickt ihre Leute auf die Tribüne, die glaubhaft machen sollen, der Vorwurf der Partei der Deserteure treffe nicht zu. Straßer erklärt, es sei eine unerhörte Unterstellung, als habe Dr. Goebbels den Reichspräsidenten persönlich beleidigen können oder auf die vom Aeltestenrat aus dem Stenogramm festgestellte Art auch nur beleidigen wollen. Im Grunde genommen könne der Reichspräsident nichts dafür, daß diejenigen, die ihn nicht genug schmähen konnten, unter ihnen die Sozialdemokraten, jetzt an ihn herandrängten. Im ganzen zeigt der Reichstag in diesen stürmischen Minuten ein höchst unerfreuliches Bild. Aber im Grunde ist er nur der Spiegel dessen, was draußen im Volke längst zur Tatsache geworden ist, daß sich zwei Fronten gegenüberstehen, die miteinander erbittert um die Macht ringen, die nicht mehr diskutieren wollen und können und deren Aufeinanderprall zu entscheidender Auseinandersetzung nur durch eine immer mehr zusammenschmelzende Mitte aufgehalten wird. Erst als der zweite Redner der Tagesordnung, ein Kommunist, das Wort ergreift, kehrt die Ruhe im Saal wieder ein, denn alles flüchtet in die Wandelgänge.

Den so stürmisch verlaufenen ersten Tag dieser Sitzungsperiode beschließt geruhsam der volksnationale Abgeordnete Baltrusch mit einer dreiviertelstündigen Rede, in der er anfangs mit der Reichspräsidentschaft, dann aber mit Milchpreisen, Tariffragen und ähnlichen, wenig in eine so hochpolitische Debatte passenden Dingen sich beschäftigt.

Abschließend muß gesagt werden, daß dieser Dienstag wenig erfreulich verlaufen ist. Aber schließlich wird man bei so unerfreulichen, um nicht zu sagen trostlosen Verhältnissen draußen im Lande nicht erwarten können, daß das parlamentarische Spiegelbild sehr viel zufriedenstellender ausfällt. In der Mittwochsitzung wird, wie man hört, der Reichskanzler Dr. Brüning das Wort ergreifen. Für die Deutschnationalen wird Dr. v. Freytagh-Loringhoven sprechen und für die Sozialdemokraten Dr. Breitscheid.

## Formale Einleitungsrede Groeners

**Berlin, 23. Febr.** Bei voll besetzten Tribünen und gut besuchtem Sitzungssaal wird um 3 Uhr pünktlich vom Reichstagspräsidenten Löbe die erste Sitzung nach der Winterpause eröffnet. Nachdem die üblichen geschäftlichen Mitteilungen erledigt sind, wird in die Tagesordnung eingetreten, deren einziger Punkt lautet: „Beschlußfassung über den Wahltag für die Wahl des Reichspräsidenten."

**Reichsinnenminister Dr. Groener:**

erklärt: Das Amt des Reichspräsidenten dauert nach der Reichsverfassung sieben Jahre. Die Amtsperiode des amtierenden Herrn Reichspräsidenten geht am 5. Mai d. J. zu Ende. Damit ergibt sich die Notwendigkeit, die Neuwahl des Reichspräsidenten so zeitig vorzubereiten, daß am 5. Mai ein Reichspräsident — neugewählt — zur Uebernahme des Amtes vorhanden ist. Während der Wahltag für eine Reichstagswahl vom Reichspräsidenten bestimmt wird, wird der Wahltag für die Präsidentenwahl vom Reichstag festgesetzt. Nach dem Präsidentenwahlgesetz ist zum Reichspräsidenten gewählt, wer mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen erhalten hat. Entscheidend ist also die absolute Stimmenmehrheit. Wird eine solche nicht erreicht, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Bei diesem ist gewählt, wer die meisten gültigen Stimmen, wer also die relative Mehrheit erhalten hat. Nach den Ausführungsbestimmungen zum Präsidentenwahlgesetz würde eine Beschlußfassung des Reichstages über einen zweiten Wahlgang erforderlich sein, wenn seine Notwendigkeit feststeht. Um ein für alle Male diese technische Frage zu erledigen, empfiehlt es sich schon jetzt, einen Eventualbeschluß über den Tag des zweiten Wahlganges zu fassen.

Der Wahltag muß nach dem Gesetz ein Sonntag oder ein öffentlicher Ruhetag sein. Praktisch kommt nur ein Sonntag in Betracht. Zwischen erstem und zweitem Wahlgang muß weiter eine Frist von etwa drei Wochen liegen. Zwischen einem zweiten Wahlgang und dem Amtsantritt des neugewählten Reichspräsidenten muß gleichfalls eine ausreichende Frist liegen, um das Wahlergebnis festzustellen und durch das Wahlprüfungsgericht prüfen zu lassen. Ich brauche wohl nicht näher zu begründen, daß während der österlichen Zeit eine Wahl nicht stattfinden kann.

**Es ergeben sich aus der Wahltechnik wie der Kalenderlage zwangsläufig Sonntag, der 13. März, für den ersten Wahlgang und Sonntag, der 10. April, für den etwaigen zweiten Wahlgang.**

Es sind das nach dem Kalender die gleichen Sonntage vor und nach Ostern wie bei der Präsidentenwahl 1925. Namens der Reichsregierung habe ich die Ehre, dem hohen Hause zu empfehlen, meinem Vorschlage zuzustimmen. Die Reichsregierung wird dafür sorgen, daß die Wahlvorbereitungen ungestört vor sich gehen können. Allen Versuchen, Wahlversammlungen durch gewalttätiges Vorgehen zu verhindern und dadurch die in der Verfassung garantierte Wahlfreiheit zu beeinträchtigen, wird auf das schärfste entgegengetreten werden.

## Goebbels während der Rede ausgeschlossen

Als erster Redner aus dem Hause erhält

**Abg. Dr. Goebbels (Natsoz.)**

das Wort. Er erklärt, die nationalsozialistische Bewegung habe diese Gelegenheit herbeigesehnt, um Abrechnung mit dem Kabinett Brüning und der von ihm vertretenen Politik zu halten. Der große Wendepunkt der deutschen Geschichte sei der 14. September 1930, an dem sich aus den verfallenden bürgerlichen Parteien die große nationalsozialistische Massenpartei zum Sieg erhoben habe. Reichskanzler Dr. Brüning habe das Wesen dieses geschichtlichen Ereignisses verfälscht, wenn er sagte, an der Machtverteilung habe sich dadurch nichts geändert. **Die Entscheidung darüber, ob die Regierung ihre Macht an die Opposition abzugeben hat, steht im demokratisch-parlamentarischen Regime allein dem Volke zu.** (Lachen links und Rufe: Sie als Gralshüter der Demokratie!) Es ist nicht unsere Schuld, wenn der deutsche Kredit im Ausland ins Wanken gerät. (Lebhafte Rufe links und in der Mitte: Doch, ihre Schuld!) Schuld daran trägt die Tatsache, daß man bis zu dieser Stunde verhindert hat, daß diejenigen an die Macht kommen, denen das Volk die Macht geben will. (Beifallsklatschen bei den Natsoz.)

**Die Mißerfolge, die die Regierung nicht nur in der inneren Wirtschaft und Finanzpolitik, sondern auch in der Außenpolitik erlitten hat, haben das Volk zu einer immer stärkeren Opposition gegen diese Regierung gebracht.**

(Sehr wahr! bei den Natsoz.) Wir haben uns gegen den Dawesplan und die übrigen Tributpläne gewehrt . . . Auf der linken Seite herrscht so große Unruhe, daß Dr. Goebbels, der heute viel leiser als gewöhnlich spricht, nur schwer das Geräusch der Unterhaltungen übertönen kann. Präsident Löbe ersucht wiederholt um Ruhe.

Abg. Dr. Goebbels protestiert in seinen weiteren Ausführungen gegen die Notverordnungspolitik und vor allem gegen die Verbote nationalsozialistischer Zeitungen. Dr. Brüning habe erfahren müssen, daß man mit dem Artikel 48 alles machen könne, nur kein Geld. Gegen nationalsozialistische Abgeordnete habe man ganz ungerechtfertigte Redeverbote erlassen. Nationalsozialistische Anhänger seien in großer Zahl ermordet worden, ohne daß die Täter ermittelt und bestraft wurden. (Hört, hört! rechts.) Ungestraft werde zu Mord und Totschlag gegen die Nationalsozialisten gehetzt. Der Berliner Polizeipräsident habe es gewagt, von dem Führer der größten deutschen Volksbewegung zu sagen, es sei nicht zu verstehen, warum Adolf Hitler noch nicht mit der Hundepeitsche aus Deutschland hinausgejagt worden sei. (Minutenlang anhaltende laute Entrüstungskundgebungen bei den Natsoz.) Warum verschiebt die Welt die Reparationskonferenz und die übrigen internationalen Entscheidungen immer wieder?

**Weil Sie, Herr Reichskanzler, der Welt keine Aktivlegitimation für Deutschland mehr bieten.**

(Beifall bei den Natsoz.) Weil man mit Ihnen, Herr Reichskanzler, keine Verträge mehr machen will, weil man im Ausland weiß, daß Sie der Mann von gestern sind und daß der Mann von morgen erst kommt. (Lebhafter Beifall bei den Natsoz.)

Im Innern verschärfen sich die Gegensätze mehr und mehr. Die politischen Fronten marschieren in erbitterter Feindschaft gegeneinander auf, und die Gefahr eines latenten Bürgerkrieges wächst von Tag zu Tag mehr. Der Reichskanzler hat bei seinem Amtsantritt erklärt, erst die Finanzen

**Heute:**

**Literarische Umschau**

Seite 9